
Meinungen zu ethisch-ökologischen Standards bei der privaten Altersvorsorge

Mai 2017

Auftraggeber: Verbraucherzentrale Bremen e.V.

verbraucherzentrale
Bremen

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit



NATIONALE
KLIMASCHUTZ
INITIATIVE

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Datengrundlage

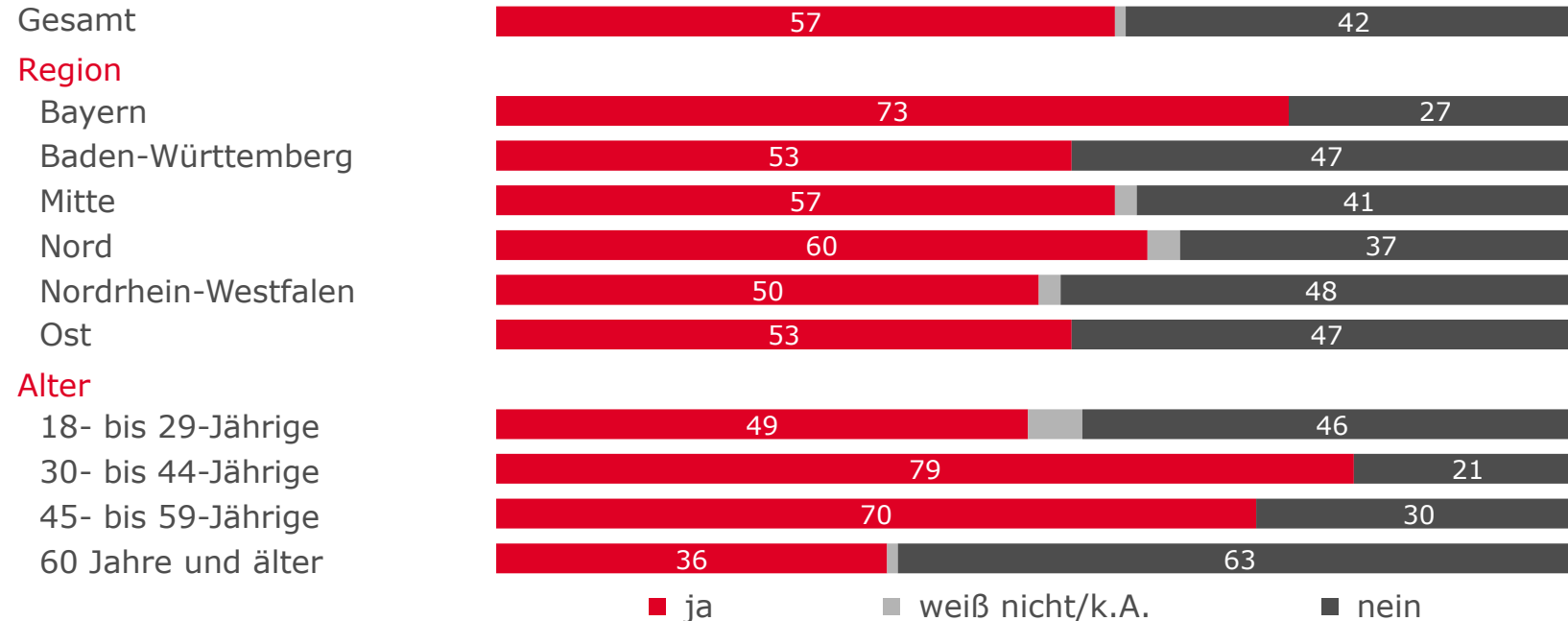
Zahl der Befragten:	1.056 Befragte
Grundgesamtheit:	Deutschsprachige Bevölkerung in Privathaushalten ab 18 Jahren, die außer ihrem Girokonto mindestens eine Geldanlage haben
Befragungsgebiet:	Bundesrepublik Deutschland
Erhebungszeitraum:	27. März bis 12. April 2017
Erhebungsmethode:	In-Home Befragung im Rahmen von forsa.omninet.



Private Altersvorsorge neben der gesetzlichen Rentenversicherung? (1)

Die Mehrheit (57 %) der befragten Anleger gibt an, neben der gesetzlichen Rentenversicherung auch eine private Altersvorsorge zu haben.

Es haben neben der gesetzlichen Rentenversicherung auch eine private Altersvorsorge



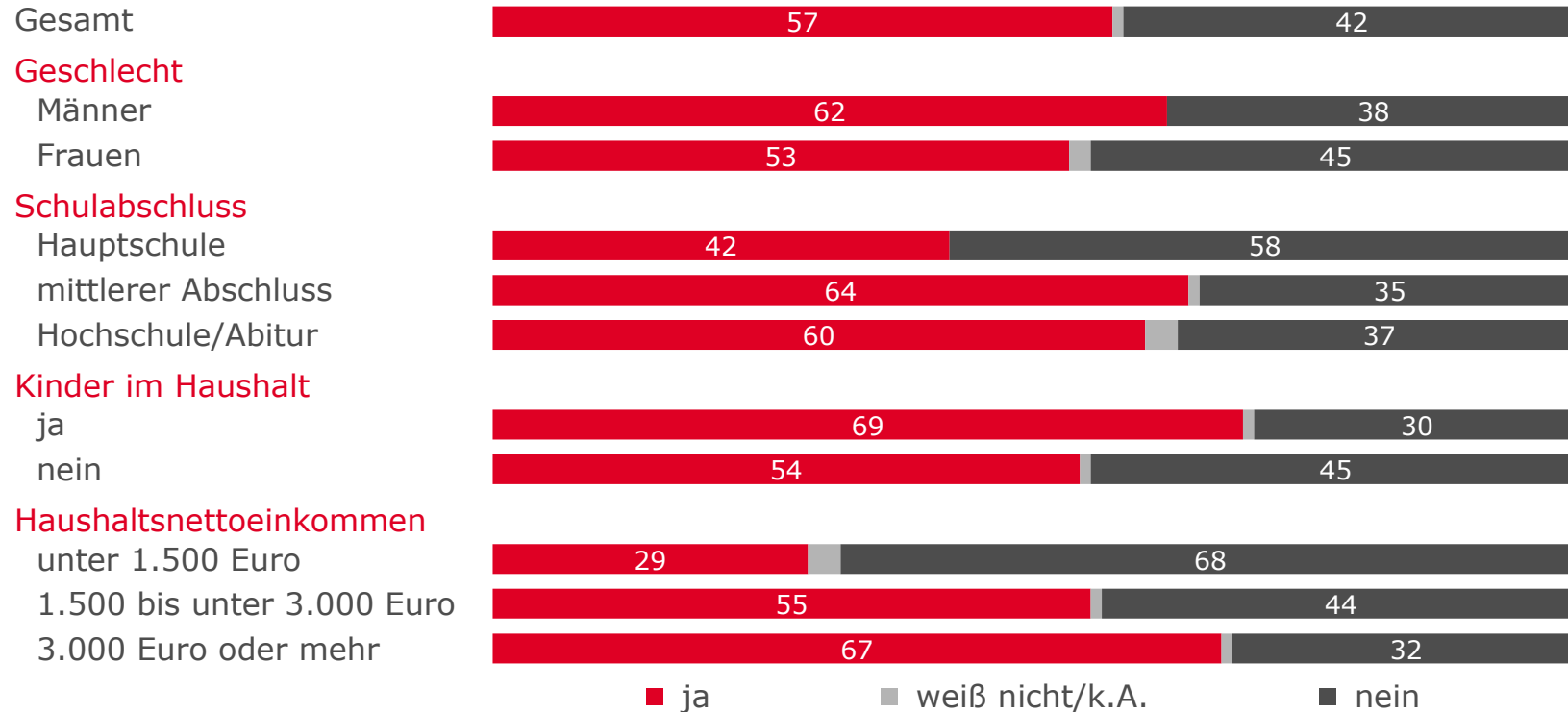
Basis: alle Befragten



Private Altersvorsorge neben der gesetzlichen Rentenversicherung? (2)

Eine private Altersvorsorge ist in hohem Maße vom Einkommen abhängig.

Es haben neben der gesetzlichen Rentenversicherung auch eine private Altersvorsorge

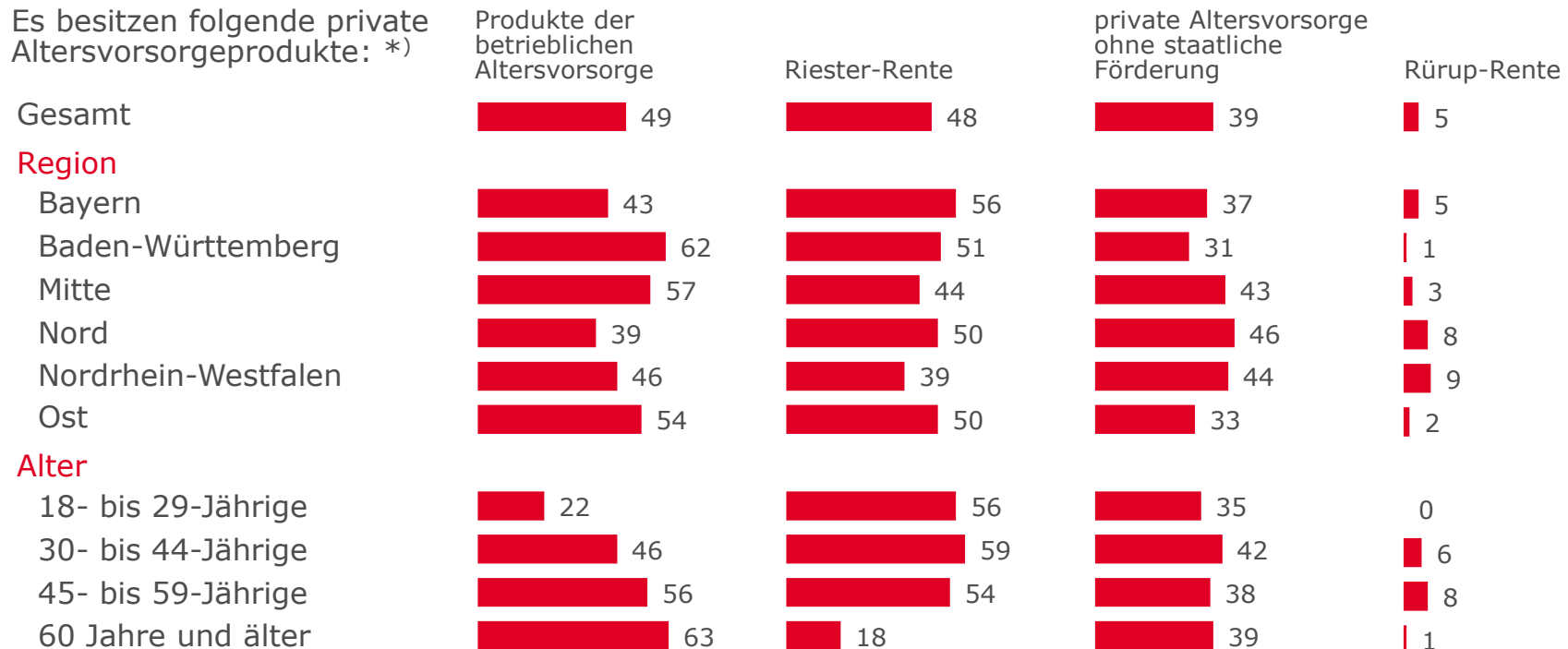


Basis: alle Befragten



Welche Produkte der privaten Altersvorsorge besitzt man? (1)

Am häufigsten besitzen Befragte mit einer privaten Altersvorsorge Produkte der betrieblichen Altersvorsorge (49 %) bzw. eine Riester-Rente (48 %).



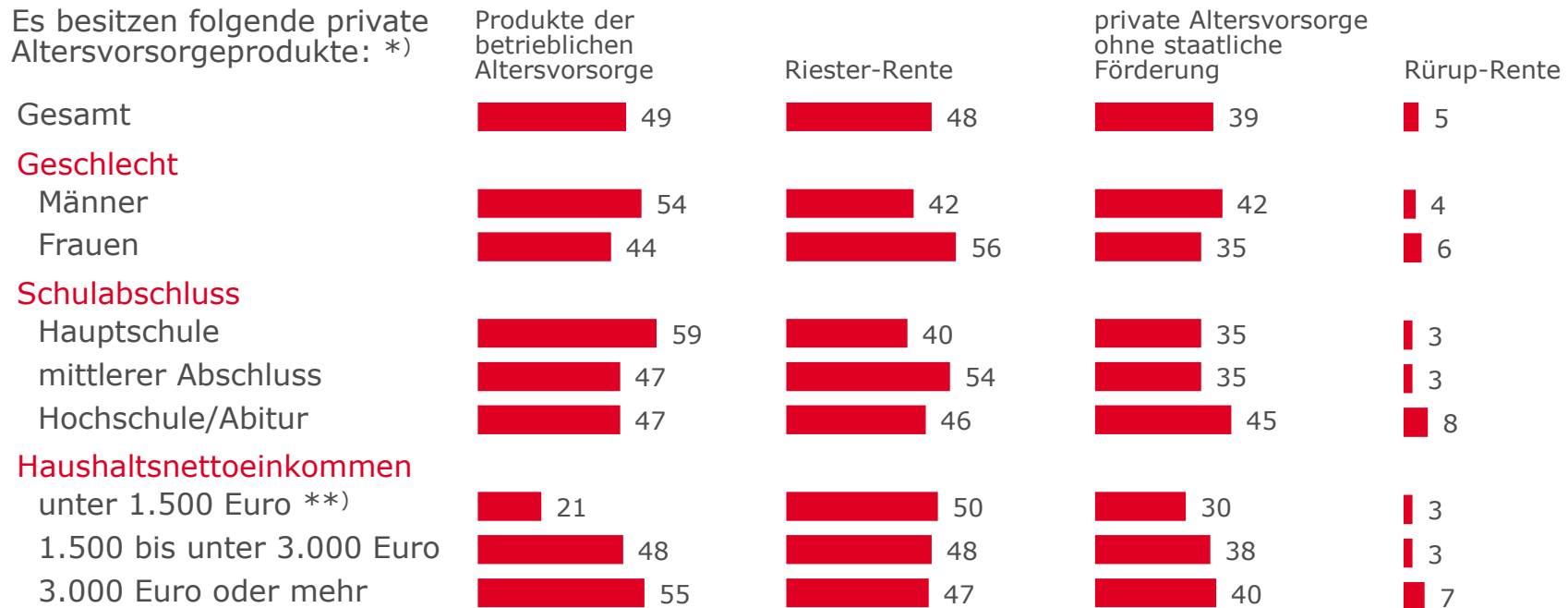
*) Mehrfachnennungen möglich

Basis: Befragte, die auch eine private Altersvorsorge haben



Welche Produkte der privaten Altersvorsorge besitzt man? (2)

Mit steigendem Einkommen und Alter steigt auch der Besitz der betrieblichen Altersvorsorgeprodukte erkennbar.



*) Mehrfachnennungen möglich

**) Tendenzangaben aufgrund geringer Fallzahlen

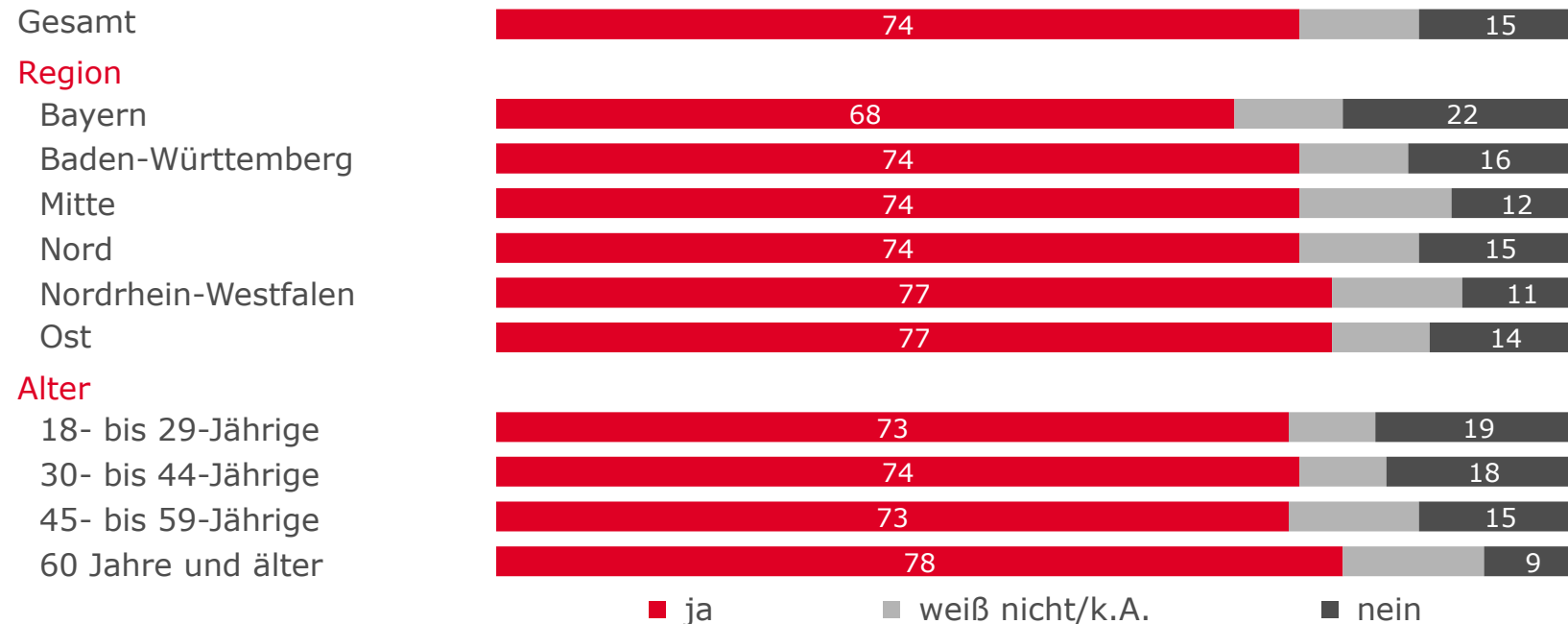
Basis: Befragte, die auch eine private Altersvorsorge haben



Ethisch-ökologische Mindestkriterien für staatlich geförderte Altersvorsorgeprodukte? (1)

Die weit überwiegende Mehrheit (74 %) meint, dass es für staatlich geförderte Altersvorsorgeprodukte gesetzlich festgelegte ethisch-ökologische Mindestkriterien dafür geben sollte, in welche Bereiche das Geld nicht angelegt werden darf.

Es sollte für staatlich geförderte Altersvorsorgeprodukte gesetzlich festgelegte ethisch-ökologische Mindestkriterien dafür geben, in welche Bereiche das Geld nicht angelegt werden darf



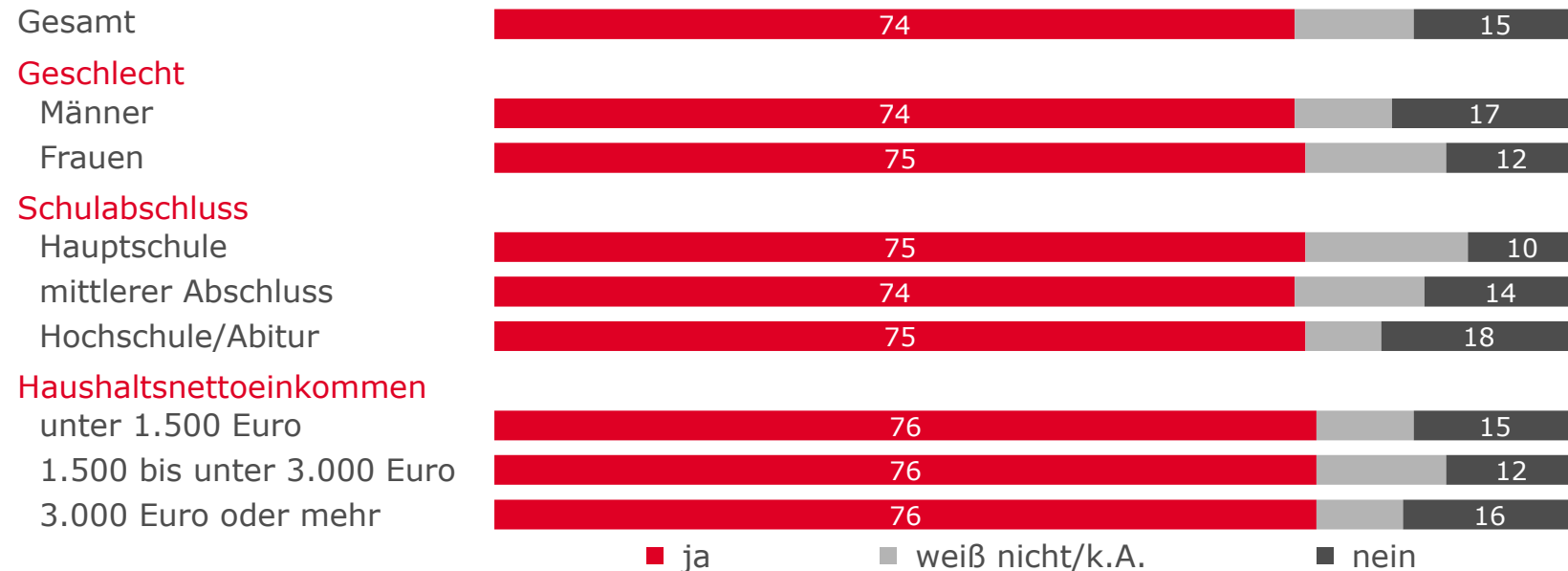
Basis: alle Befragten



Ethisch-ökologische Mindestkriterien für staatlich geförderte Altersvorsorgeprodukte? (2)

In den Untergruppen zeigen sich in dieser Frage keine nennenswerten Unterschiede.

Es sollte für staatlich geförderte Altersvorsorgeprodukte gesetzlich festgelegte ethisch-ökologische Mindestkriterien dafür geben, in welche Bereiche das Geld nicht angelegt werden darf



Basis: alle Befragten

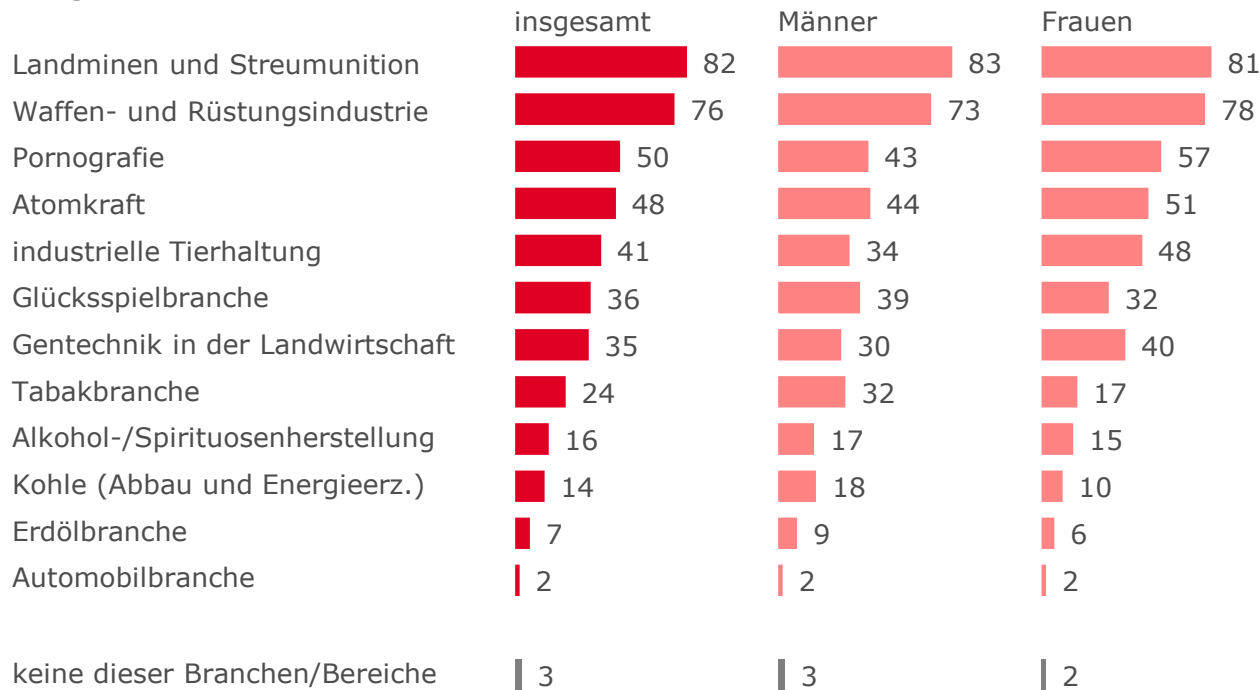


Welche Bereiche sollten bei staatlich geförderten Altersvorsorgeprodukten verboten werden? (1)

Befragte, die sich für gesetzlich festgelegte Mindestkriterien bei staatlich geförderten Altersvorsorgeprodukten aussprechen, würden am häufigsten Landminen und Streumunition (82 %) gefolgt von der Waffen- und Rüstungsindustrie (76 %) von Investitionen ausschließen.

Es sollten per Gesetz Investitionen ausgeschlossen werden in: *)

Geschlecht



*) Mehrfachnennungen möglich

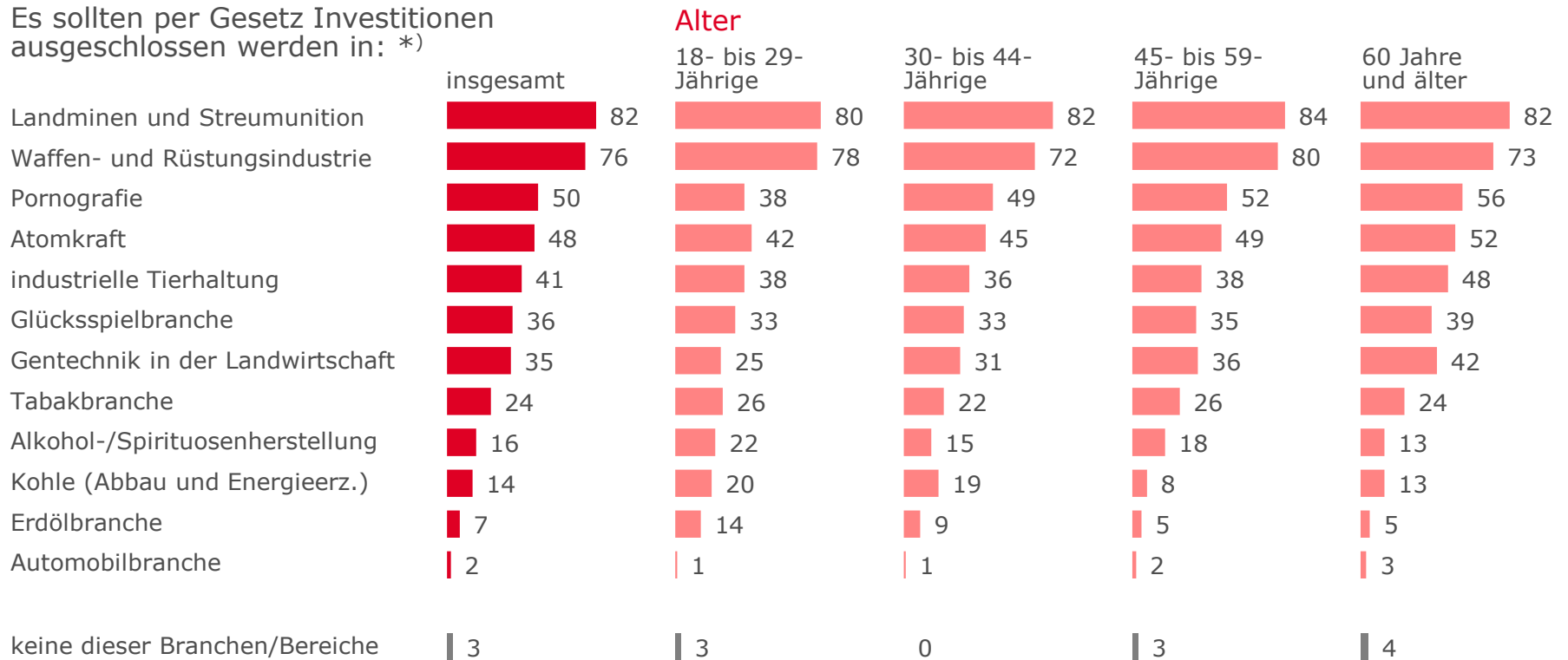
Basis: Befragte, die sich für gesetzlich festgelegte Mindestkriterien aussprechen



Welche Bereiche sollten bei staatlich geförderten Altersvorsorgeprodukten verboten werden? (2)

Jüngere Befragte unter 30 Jahren sprechen sich unterdurchschnittlich häufig gegen Investitionen in die Pornografie und die Gentechnik aus.

Es sollten per Gesetz Investitionen ausgeschlossen werden in: *)



*) Mehrfachnennungen möglich

Basis: Befragte, die sich für gesetzlich festgelegte Mindestkriterien aussprechen

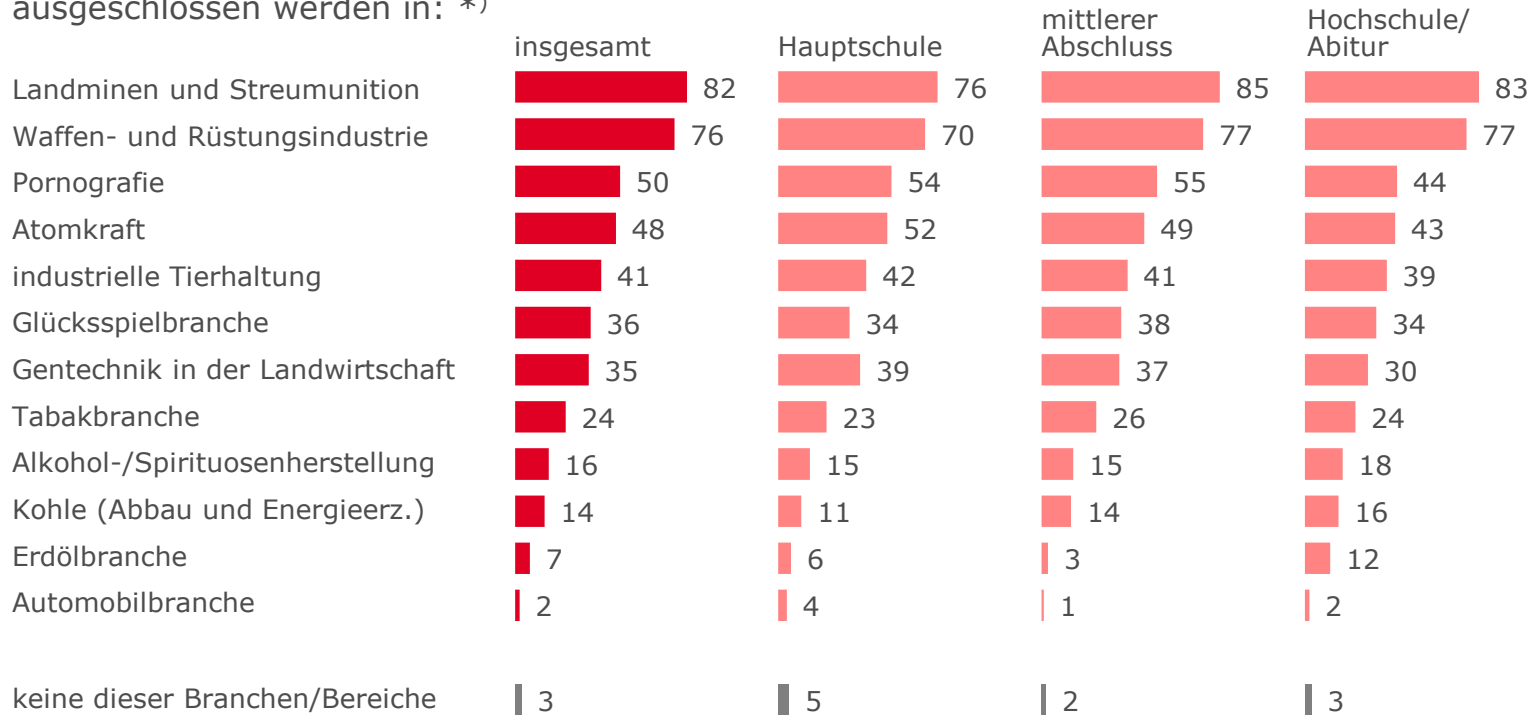


Welche Bereiche sollten bei staatlich geförderten Altersvorsorgeprodukten verboten werden? (3)

Im Hinblick auf die verschiedenen Bildungsgruppen zeigen sich keine nennenswerte Unterschiede.

Es sollten per Gesetz Investitionen ausgeschlossen werden in: *)

Schulabschluss



*) Mehrfachnennungen möglich

Basis: Befragte, die sich für gesetzlich festgelegte Mindestkriterien aussprechen

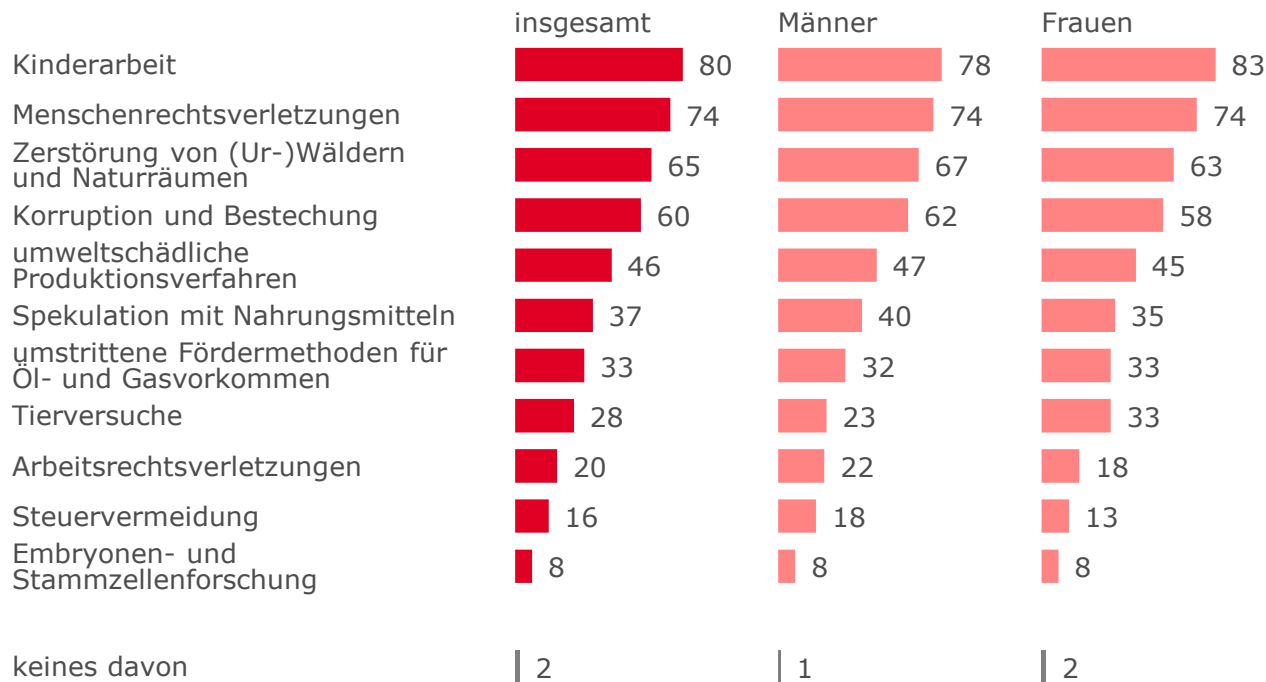


Welche Praktiken oder Aktivitäten sollten bei staatlich geförderten Altersvorsorgeprodukten verboten werden? (1)

Am häufigsten sagen Befragte, die sich für gesetzliche Mindestkriterien bei der staatlich geförderten Altersvorsorge aussprechen, dass auf keinen Fall in Staaten oder Unternehmen investiert werden sollte, die sich an Kinderarbeit (80 %) bzw. Menschenrechtsverletzungen (74 %) beteiligen.

Es sollte keinesfalls vorkommen: *)

Geschlecht



*) Mehrfachnennungen möglich

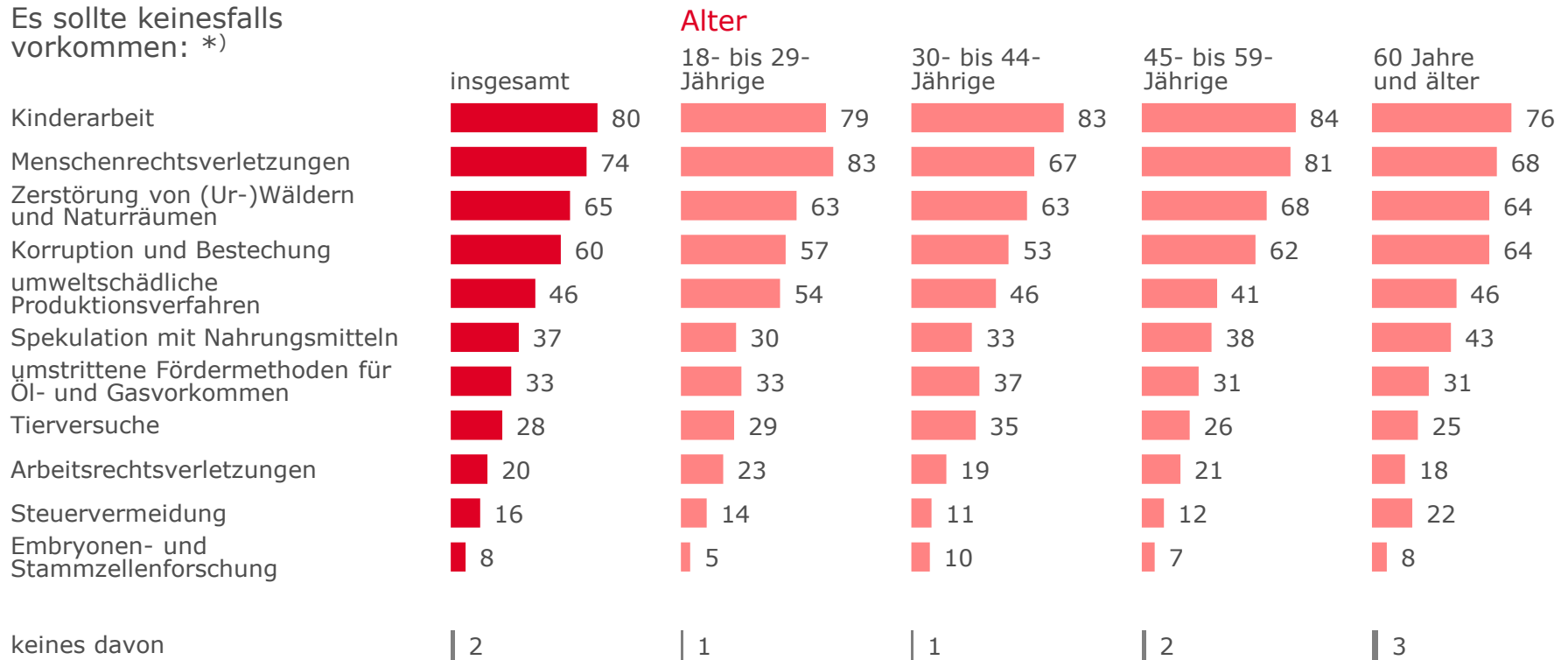
Basis: Befragte, die sich für gesetzlich festgelegte Mindestkriterien aussprechen



Welche Praktiken oder Aktivitäten sollten bei staatlich geförderten Altersvorsorgeprodukten verboten werden? (2)

Entgegen dem Durchschnitt sagen die unter 30-Jährigen mehrheitlich, dass auf keinen Fall in Staaten oder Unternehmen investiert werden sollte, die sich umweltschädlicher Produktionsverfahren bedienen.

Es sollte keinesfalls vorkommen: *)



*) Mehrfachnennungen möglich

Basis: Befragte, die sich für gesetzlich festgelegte Mindestkriterien aussprechen

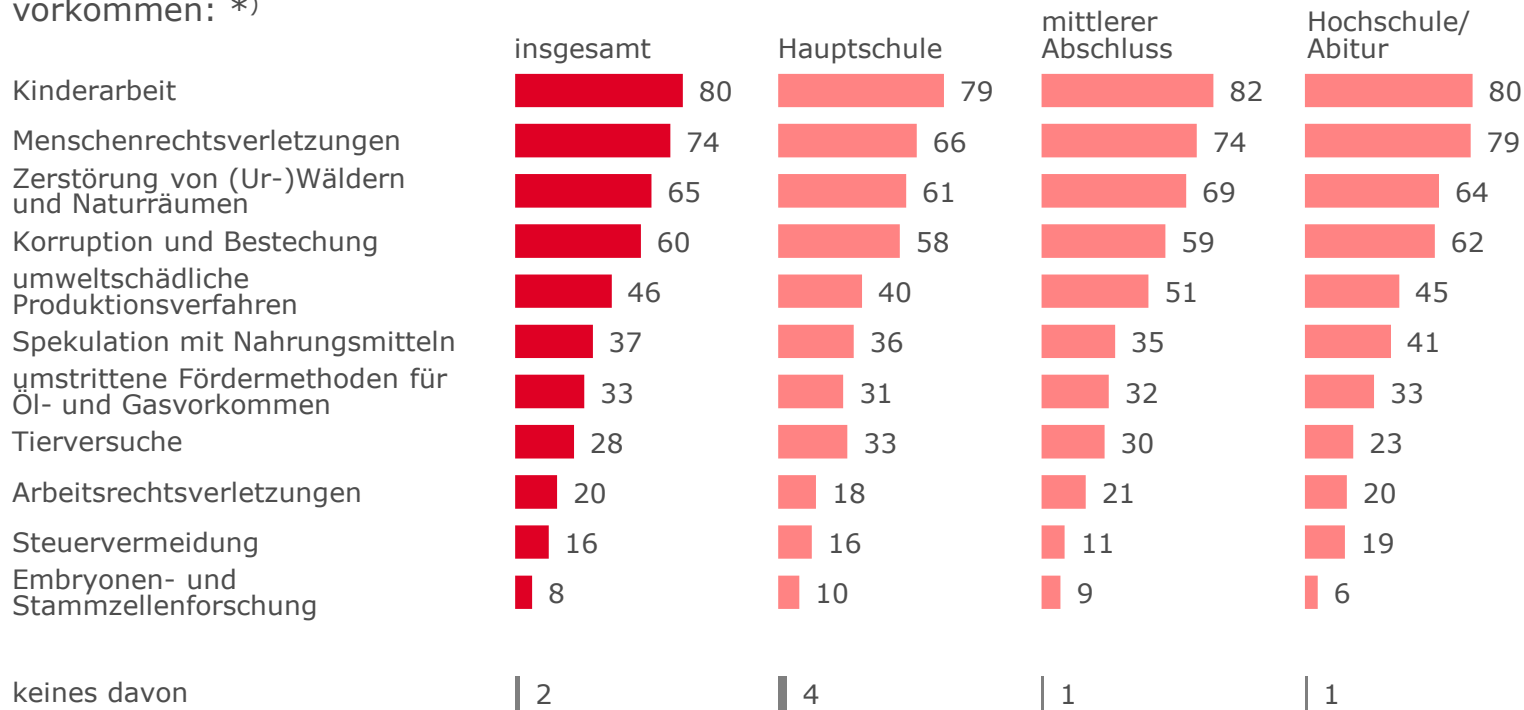


Welche Praktiken oder Aktivitäten sollten bei staatlich geförderten Altersvorsorgeprodukten verboten werden? (3)

Auch in dieser Frage zeigen sich zwischen den Bildungsgruppen keine nennenswerten Unterschiede.

Es sollte keinesfalls vorkommen: *)

Schulabschluss



*) Mehrfachnennungen möglich

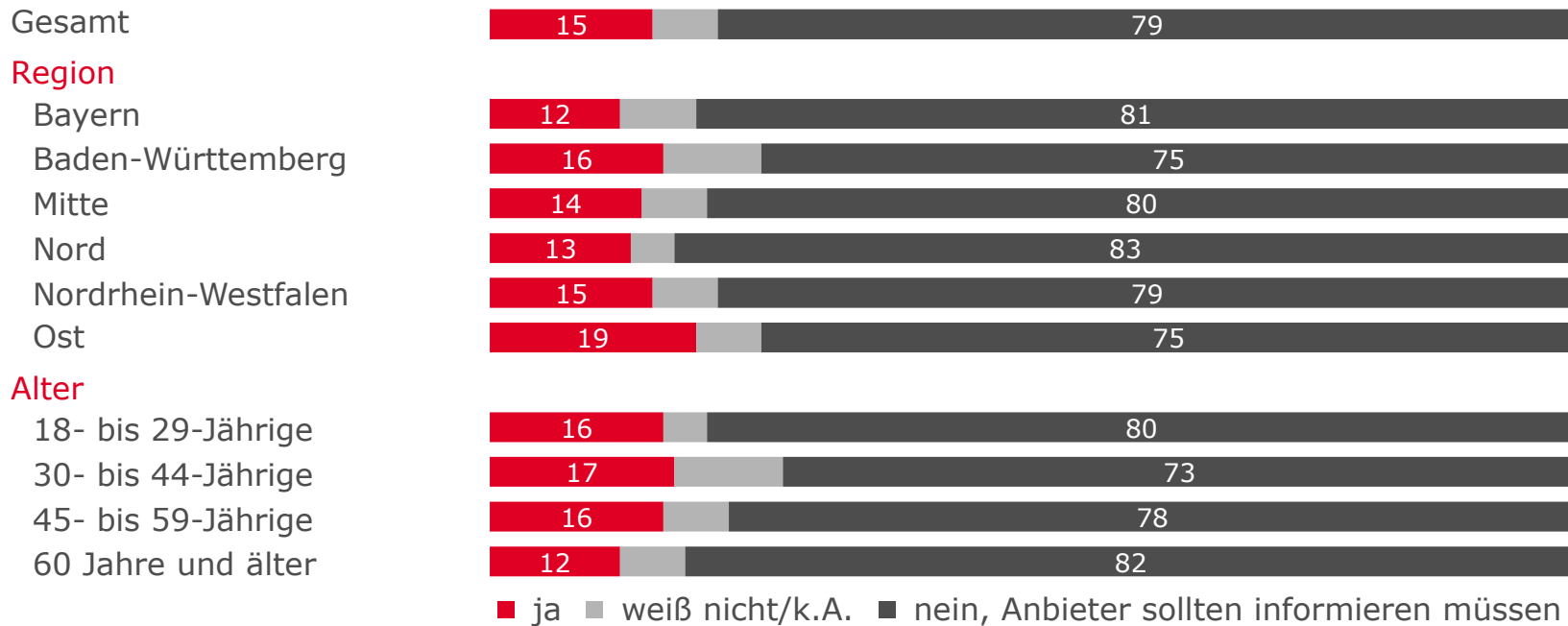
Basis: Befragte, die sich für gesetzlich festgelegte Mindestkriterien aussprechen



Sollten Verbraucher über Anlage-Kriterien informiert werden müssen? (1)

Die weit überwiegende Mehrheit (79 %) meint, dass die Anbieter staatlich geförderter Altersvorsorgeprodukte die Verbraucher über die Anlage-Kriterien der Gelder vor Vertragsabschluss informieren müssen.

Es finden die neue Regelung richtig, dass Anbieter staatlich geförderter Altersvorsorgeprodukte die Verbraucher vor Vertragsabschluss nicht mehr darüber informieren müssen, ob und wie die gezahlten Beiträge nach ethisch-ökologischen Kriterien angelegt werden



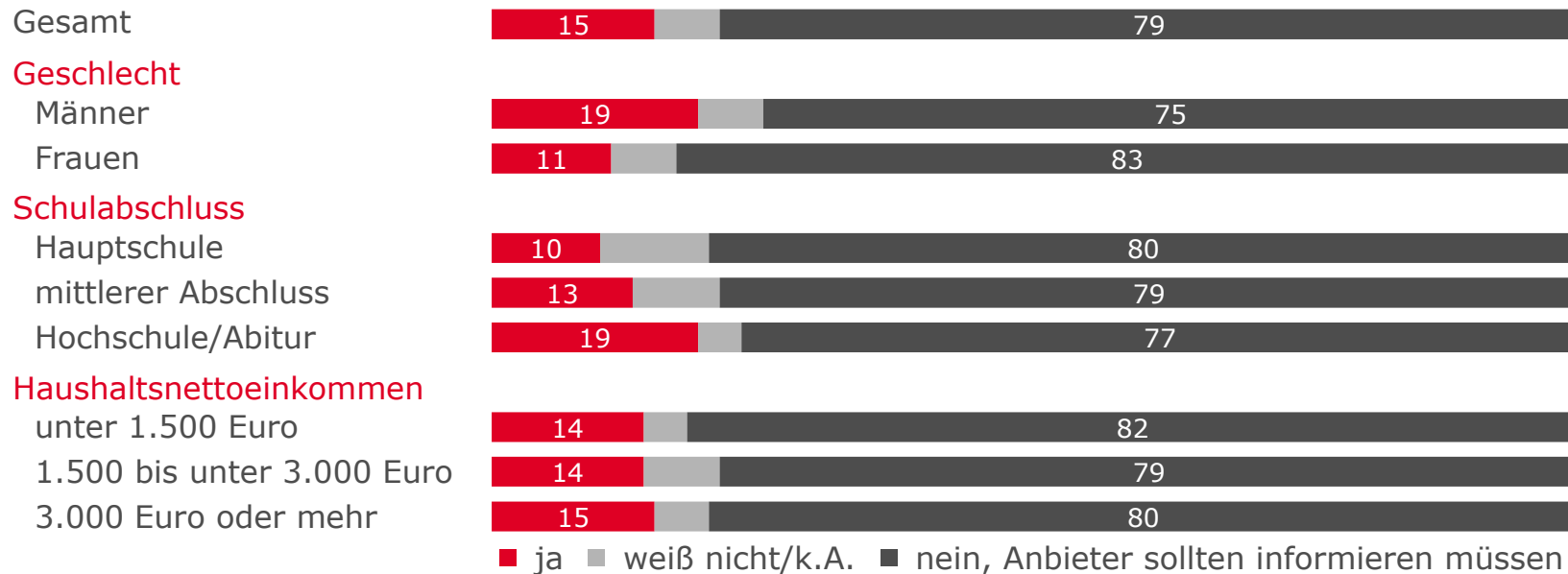
Basis: alle Befragten



Sollten Verbraucher über Anlage-Kriterien informiert werden müssen? (2)

Diese Auffassung wird quer durch alle Bevölkerungsgruppen hinweg geteilt.

Es finden die neue Regelung richtig, dass Anbieter staatlich geförderter Altersvorsorgeprodukte die Verbraucher vor Vertragsabschluss nicht mehr darüber informieren müssen, ob und wie die gezahlten Beiträge nach ethisch-ökologischen Kriterien angelegt werden



Basis: alle Befragten

